

Sie stimmen nicht nur ab, sie reden mit

Suhr Sieben Anträge und rekordverdächtig viele Stimmberechtigte an der Gemeindeversammlung

VON SABINE KUSTER

Der Saal der Suhrer Bärenmatte war voll: 315 Stimmberechtigte (5,8%) waren am Donnerstagabend zur Gemeindeversammlung erschienen – so viele wie seit Jahren nicht mehr. Die Traktanden interessierten, allen voran das neue Abfallreglement – nicht zuletzt wegen der Kosten: Der Gemeinderat plante die Abrechnung gemäss Verursacherprinzip. Dennoch hätte eine Abfall-Grundgebühr eingeführt werden sollen. Um diese einzutreiben, wären jährlich geschätzte 15 000 Franken nötig gewesen.

Grundgebühr abgelehnt

Die Suhrer Finanzkommission stellte deshalb den Antrag, die Grundgebühr wegzulassen und statt dessen die Sackgebühr zu erhöhen. Die Suhrer nahmen diesen Änderungsantrag sehr deutlich mit 234 zu 14 Stimmen an. Ab der Einführung des Reglements per 1.1.2013 wird ein 35-Liter-Kehrichtsack nun 2.80 Franken statt wie vorgesehen 2.10 Franken kosten. Mit der Grundgebühr hätte ein Haushalt jährlich 35 Franken und ein Unternehmen 70 Franken entrichten müssen.

Eine zweite Änderung am Reglement wurde mit 97 zu 79 Stimmen ebenfalls angenommen: Von den drei Sammelcontainern darf keiner an

den ursprünglich vorgesehenen Standort an der Bachstrasse 72 zu stehen kommen. Die Mehrheit fand den Ort ungünstig, da auf der schmalen Quartierstrasse Mehrverkehr durch Autos befürchtet wurde.

Suhrer entsorgen Glas künftig selbst

Die Hoffnung von Gemeinderat Daniel Rüetschi, die Suhrer würden das Glas mit dem Velo entsorgen, teilten die Anwesenden nicht. Eine Glassammlung von Haus zu Haus findet nicht mehr statt. Suhr war eine der letzten Schweizer Gemeinden, die sich diesen «Luxusbetrieb», wie ihn ein Suhrer nannte, noch leistete. Immerhin wird dafür das Papier ab Januar 2012 nicht mehr alle zwei Monate, sondern monatlich eingesammelt. Das neue Reglement wurde – mit den beiden Änderungen – schliesslich mit 178 Ja zu 99 Nein angenommen.

Ja zu Genossenschaftssiedlung

Auch beim Traktandum «LEBENSuhr», einem Bauvorhaben für Seniorenwohnungen, zeigten sich die Suhrer als engagierte Bürger. Hier gab es vier Änderungsanträge, das Projekt an sich war aber unumstritten und wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Die Gemeinde verkauft der neu gegründeten Genossenschaft «LEBENSuhr» zwei Parzellen mit ins-

gesamt 7800 Quadratmeter Land für 3,7 Millionen Franken.

Die Genossenschaft baut zuerst 30 Eigentumswohnungen, mit deren Verkaufserlös in der Folge 30 günstige Mietwohnungen gebaut werden. Dazu werden 200 Genossenschafter gesucht, die sich mit je 5000 Franken einen Platz in der Siedlung sichern. 42 Suhrer sind bereits Mitglied.

Die Suhrer zeigten sich engagiert. Auch für «LEBENSuhr» gab es vier Änderungsanträge.

Einige Anwesende befürchteten, die Eigentumswohnungen könnten später zweckentfremdet, das heisst, an zu junge Suhrer verkauft werden. Vorstandspräsident der Genossenschaft, René Weber, wies jedoch darauf hin, dass Junge kaum für die Dienstleistungen für Senioren in der Siedlung aufkommen wollten.

Das Land nur im Baurecht abzugeben, wie ein Suhrer beantragte, sei zu riskant für die Gemeinde, fand der Gemeinderat, da diese die Überbauung nach Vertragsablauf zurückkaufen müsste. Auch habe die Gemeinde so immer das Vorkaufsrecht: «Ein massives Hindernis» beim Verkauf.

Abgelehnt wurden auch die Anträge, das Land für die Mietwohnungen für 300 Fr./m² statt 400 Fr./m² zu verkaufen, um noch günstigere Wohnungen zu ermöglichen, und der Antrag pro Quadratmeter 10 Franken für die Kindertagesstätte zur Seite zu legen.

Kyburgweg Ost wird schmaler

Sogar zum Kreditantrag für den Strassenbau Kyburgweg Ost von 375 000 Franken gab es einen Änderungsantrag. Wiederum folgten die Suhrer der Finanzkommission, die vorschlug, die Strasse statt 7,25 m bloss 5,25 m breit zu machen, inklusive einem Trottoir mit überfahrbarem Randstein. Das Argument, es solle für eine Quartierstrasse nicht unnötig Land versiegelt werden und auch der Kyburgweg West sei nicht breiter, überzeugte. Das so veränderte Projekt muss mit den Anwohnern neu verhandelt werden.

Diskussionslos genehmigt wurden schliesslich die zweite Tranche des Sanierungskredites für den Strassenkataster von 2 Millionen, der Voranschlag 2012 sowie die Einbürgerungsanträge von 28 Ausländerinnen und Ausländern. Im Anschluss wurde die Vorsteherin der Sozialen Dienste, Barbara Gloor, herzlich verdankt und nach sechs Jahren im Dienste der Gemeinde verabschiedet. Sie hatte das Projekt «LEBENSuhr» initiiert.